



Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 3109

An den
Präsidenten des Landtages von Niederösterreich

Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion
Eing.: 21.08.2025
Zu Ltg.-659/XX-2025

Beilagen
LF3-A-7/078-2025
Kennzeichen (bei Antwort bitte angeben)

:: E-Mail: post.lf3@noel.gv.at
Fax: 02742/9005-13535 Bürgerservice: 02742/9005-9005
Internet: www.noel.gv.at - www.noel.gv.at/datenschutz

Bezug (0 27 42) 9005
Bearbeiter Durchwahl Datum
Ganser Christian 12776 20. August 2025

Betrifft
Resolution betreffend "Weiterentwicklung, Indexanpassung und Vereinfachung der
Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)"

Sehr geehrter Herr Präsident!

Im Sinne der Resolution des Landtages von Niederösterreich vom 13. März 2025,
Ltg.659/XX-2025 hat die NÖ Landesregierung die Resolution an das Bundeskanzleramt
weitergeleitet.

Das Bundeskanzleramt hat diese dem Ministerrat in der Sitzung am 23. April 2025 zur
Kenntnis gebracht und daraufhin dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft,
Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft zur weiteren Veranlassung
übermittelt.

Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz,
Regionen und Wasserwirtschaft teilte nun in seinem Antwortschreiben folgendes mit:

„Eine Aufstockung der 1. Säule der GAP wäre im Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der EU zu regeln. Dieser ist im Jahr 2020 für den Zeitraum 2021 bis 2027 beschlossen worden. Eine Anpassung im Sinne einer Erhöhung der Mittel für die GAP ist derzeit nicht vorgesehen. Die Verhandlungen für den nächsten MFR (ab dem Jahr 2028) starten voraussichtlich im Juli 2025 mit einem Vorschlag der Europäischen Kommission. Der Beschluss für einen Mehrjährigen Finanzrahmen erfordert Einstimmigkeit auf Ratsebene und die Zustimmung des Europäischen Parlaments. Diese Erfordernisse und auch die allgemeinen Rahmenbedingungen, wie etwa die veränderte geopolitische und wirtschaftliche Lage, lassen vermuten, dass sich die Verhandlungen besonders herausfordernd gestalten werden. Kompromisse – auch in finanzieller Hinsicht – werden unumgänglich sein.

Die Leistungen und der Mehrwert der GAP für die europäische Gesellschaft müssen im EU-Budget angemessen abgebildet sein. Das BMLUK tritt für eine Stärkung bäuerlicher Familienbetriebe, für Qualitätsproduktion sowie für benachteiligte Gebiete bzw. Berggebiete ein. Mehrleistungen der bäuerlichen Betriebe sollen entsprechend honoriert werden. Ziel muss es sein, eine multifunktionale, flächendeckende und nachhaltige Landwirtschaft sicherzustellen. Zentral ist die Versorgung mit sicheren und leistbaren Lebensmitteln, faire Einkommen für die bäuerlichen Familienbetriebe, nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen sowie Umwelt- und Klimaschutz. Die ländliche Entwicklung weist einen hohen europäischen Mehrwert auf und trägt wesentlich zu den Umwelt- und Klimazielen sowie zur Stärkung der ländlichen Wirtschaft, Sicherung und Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten, Unterstützung lokaler Basisdienstleistungen und sozioökonomischen Vielfalt der ländlichen Räume bei.

Bestrebungen zur Vereinfachung der GAP werden seitens des BMLUK proaktiv eingebracht und unterstützt. Entsprechende Anpassungen des GAP-Strategieplans auf Basis geänderter EU-Rechtsvorgaben sind vorgesehen. Wie im beschlossenen Antrag ausgeführt, leisten jedoch auch Kontinuität und Wiedererkennung Beiträge zu einer effizienten Maßnahmenumsetzung und Abwicklung.

Das BMLUK wird sich daher aktiv in die Verhandlungen einbringen, für diese sind in Österreich das Bundeskanzleramt und das Bundesministerium für Finanzen federführend zuständig.“

Die NÖ Landesregierung beehrt sich, dies zu berichten.

NÖ Landesregierung
Dr. Stephan Pernkopf
LH-Stellvertreter